

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 63 (1969)
Heft: 1

Artikel: Weltrundschau : wozu Weltraumeroberung? ; Unsere Verantwortung ; Amerikanische Selbstbescheidung? ; Israel darf nicht geopfert werden! ; Das Los der Tschechoslowakei ; Ungewissheiten in Westdeutschland
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141564>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wozu Weltraumeroberung? Das verflossene Jahr 1968 hat mit der phantastisch anmutenden *Mondumkreisung* durch ein bemanntes amerikanisches Raumschiff einen mehr als sensationellen Abschluss gefunden. Die dahinter stehende menschliche Leistung ist gewiss gewaltig, für uns Nichtphysiker sogar einfach unvorstellbar. Aber wozu eigentlich dieser ungeheuerliche Aufwand an Wissen, Forschung und Verwirklichung? Dient er nicht dazu, den Allwissenheits- und Allmachtswahn des von Gott gelösten modernen Menschen immer noch mehr zu fördern? Und dann die Kosten dieses ganzen Trachtens nach der Eroberung des Weltraums! Zwischen Oktober 1957 – dem Abflug des ersten «Sputniks» – und Weihnachten 1968 haben Amerikaner und Russen ungefähr 450 Milliarden Schweizer Franken dafür ausgegeben. Lohnt sich dieser Riesenaufwand wirklich? Die Gelehrten versichern uns, dass allein schon mit einer Landung von Menschen auf dem Mond ein neues Zeitalter der Wissenschaft anheben werde, mit entsprechenden, noch ganz unabsehbaren materiellen Fortschritten für die Bewohner unserer Erde. Mag sein – aber hätte die Menschheit nicht viel näherliegende und viel dringlichere Aufgaben zu erfüllen? Ich will nicht behaupten, dass in den Vereinigten Staaten und in der Sowjetunion mit 450 Milliarden Franken die Armut hätte abgeschafft werden können, zumal ja der Kapitalismus die Armut der Vielen braucht, um den Reichtum der Wenigen zu sichern. Aber dass wenigstens die schreiendsten Misstände wirtschaftlicher und sozialer Art in diesen beiden Ländern – denn auch in der Sowjetunion herrscht noch viel Not – damit hätten überwunden werden können, das kann doch kaum bezweifelt werden.

Und vollends das Elend in der «dritten Welt», in den unterentwickelten Ländern! Schon heute hungern mindestens zwei von drei Menschen auf unserer Erde, mehr als zwei Milliarden Menschen aller Altersstufen. In vierzig Jahren aber wird die Erdbevölkerung beim Fortgang der bisherigen Vermehrung doppelt so gross sein wie jetzt, in achtzig Jahren gar viermal – werden die Menschen dann dank dem Fortschritt der Wissenschaft, den die Weltraumfahrten bringen sollen, auch wirklich genug zu essen haben? Rückt nicht die Gefahr einer Welthungersnot mit jedem Jahr näher? Und drohen daraus nicht Gewaltrevolutionen und Kriege zu erwachsen, die alles bisher Gekannte in den Schatten stellen müssten? Nicht einmal heute, unter einfacheren Verhältnissen, helfen die reichen Völker den armen. Nur schon in den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft liegen 6 Millionen Tonnen Getreide und mehr als eine Million Tonnen Zucker unverbrauchbar auf Lager und häuft sich ein «Butterberg» von 300 000 Tonnen an, während in der dritten Welt jeden Tag Tausende von Menschen Hungers sterben. Es rentiert eben in der «freien» Wirtschaft nicht, überschüssige Nahrungsmittel dorthin zu schicken, wo sie lebensnotwendig sind; den Zusammenbruch der Preise zu verhindern ist in einer Gesellschaft, die auf

dem Profitmachen beruht, wichtiger als dem massenhaften Zusammenbruch menschlicher Leben zu wehren. Wird aber dieses fluchwürdige System in vierzig Jahren überwunden sein? Angesichts der Aufgabe, zunächst einmal alle Kräfte und Mittel der reichen Völker zusammenzufassen, um die Lebensnot der armen zu beheben, erscheinen Unternehmungen wie der Wettlauf zum Mond nicht nur als gedankenlose Abkehr von den einfachsten Pflichten der Menschlichkeit, sondern geradezu als gewollte *Ablenkung* von den wirklichen Notwendigkeiten unserer Zeit. Besonders bei den Vereinigten Staaten drängt sich die Vermutung auf, sie hätten mit ihrer Beschleunigung des Projekts für eine Mondlandung nur den Bankrott ihrer irdischen Herrschaftspläne verschleiern und zum Schluss noch wenigstens *einen* Erfolg in diesem Jahr 1968 einheimen wollen, das ihnen so katastrophale Misserfolge in der Weltpolitik gebracht hat, vor allem den nun offenkundigen Fehlschlag ihres Vietnam-Unternehmens, das angeblich den Zweck hatte, eine freiheitsliebende, aber militärisch schwache Regierung vor dem Einbruch kommunistischer Tyrannei zu schützen... Aber auch die Sowjetregierung hätte wahrlich Besseres zu tun, als mit der Vergeudung gewaltigster Mittel und Kräfte für die Weltraumeroberung ihr Volk darüber hinwegzutäuschen, dass rechtverständener nationaler Ehrgeiz ganz andere Zielsetzungen haben müsste als die Übertrumpfung der Amerikaner in «brotlosen» wissenschaftlichen und technischen Leistungen.

Unsere Verantwortung Unter den Ländern, für deren Heraushebung aus tiefer Rückständigkeit, das heisst Ausbeutung durch die wirtschaftlich hochentwickelten Nationen, wir unmittelbar verantwortlich sind, stehen zurzeit *Vietnam* und *Biafra* im Vordergrund. Von Vietnam soll nachher die Rede sein. In Biafra scheint es immer ärger zu werden. In englischen Zeitungen stand kürzlich ein Aufruf der Hilfsorganisation Oxfam, ein Tatsachenbericht aus Biafra, der überschrieben war: «Lesen Sie das nicht, wenn Ihr Magen nicht kräftig ist.» Und auch der Verfasser eines Artikels im «New Statesman» stellte fest, dass jeden Tag 14 000 Menschen in Biafra sterben. «Wenn die gegenwärtige Bevölkerung des umkämpften Gebiets mit rund 5 Millionen angenommen wird, so könnten bei Fortdauer der jetzigen Todesrate in weniger als einem Jahr alle tot sein.» Dabei muss das Internationale Rote Kreuz mitteilen, dass seine Geldmittel erschöpft seien und seine Hilfsflüge sowieso auf grösste Schwierigkeiten stössen. Unmittelbar für den Krieg Nigerias gegen Biafra verantwortlich, so sagt der Verfasser des erwähnten Aufsatzes, Michael Leapman, sei *Grossbritannien*, das 300 Millionen Pfund (drei Milliarden Franken) in Nigeria angelegt habe, hauptsächlich in Öl, und unausgesetzt Waffen dorthin liefere. Die Begründung, die die Labourregierung zuerst dafür gab, war die Hoffnung, dass der Krieg dadurch – dank einem Sieg der nigerianischen Armee – schneller beendet werden könne. Selbst wenn man diesen Zynismus gelten lassen wollte, sind aber die Siegesaussichten Nigerias in den letzten Monaten stark geschwunden. Biafra hat sich – zum Teil ebenfalls mit Hilfe auswärtiger Waffenlieferungen – erstaunlich rasch erholt, nachdem es bereits am

Ende seiner Kräfte angekommen zu sein schien. Der Krieg geht also weiter, ohne dass eine militärische Entscheidung in Sicht wäre. Und nur ein Verhandlungsfriede könnte ihm ein Ziel setzen und die völlige Ausrottung des Volkes von Biafra verhindern, so schwer es auch sein wird, das Begehren Biafras nach Selbstregierung mit dem Einheitsstaatprogramm der Nigerianer in Einklang zu bringen. Die britische Regierung hätte allen Grund, einen solchen Verhandlungsfrieden zu begünstigen, fiele dann doch auch die Belieferung Nigerias mit Waffen durch die *Sowjetunion* fort, die, wie man in London fürchtet, bei einer einseitigen Einstellung der britischen Lieferungen sich erst recht in Nigeria festsetzen würde. Ob es aber noch rechtzeitig zu einer Verständigung der Grossmächte über Nigeria und Biafra kommen wird, ist augenblicklich mehr als zweifelhaft; man muss sich darum – ein unerträglicher Gedanke auf eine früher oder später doch unausweichlich werdende Ausrottung des grössten Teiles der Bevölkerung Biafras gefasst machen. Und das in einer Welt, deren «fortgeschrittene» Völker in ihrem Reichtum fast ersticken*, aber freilich zum Teil gerade wegen des fetten Geschäftes mit Waffenlieferungen in kriegführende oder von Krieg bedrohte Länder ein Interesse an der Fortsetzung des Mordens in Nigeria und Biafra haben.

Eine besonders traurige Rolle spielt dabei, wie man weiss, die Firma Bührle in Zürich-Oerlikon. Dass es mehr als ein Jahr ging, bis die Bundesbehörden gegen den verbotenen Waffenhandel mit Nigeria einschritten, von dem sie Kenntnis bekommen hatten, wäre ganz unverständlich, müsste man nicht annehmen, dass ihr Respekt vor Bührle (der Präsident des Verwaltungsrats ist auch noch Oberst im Generalstab) so heillos gross ist, dass sie zuerst 120prozentige Sicherheit für die Richtigkeit der Beschuldigungen haben wollten, bevor sie endlich zuzugreifen wagten. Dass aber aus dem Fall die notwendigen Folgerungen gezogen werden (Verbot jeglicher Waffenausfuhr oder doch mindestens Verstaatlichung der Rüstungsindustrie) ist natürlich ganz unwahrscheinlich. Man braucht doch eine privatkapitalistische Rüstungsindustrie, wenn man Waffen zu halbwegs erschwinglichen Preisen haben will. Und das heisst, dass man grundsätzlich auch die Ausfuhr von Waffen in Kauf nehmen muss, mit allen Risiken, die man dabei laufen muss. Die Unsittlichkeit einer privaten Rüstungsindustrie wird noch sichtbarer, wenn man bedenkt, dass die Schweiz, wenn sie Waffenlieferungen ins Ausland gestatten muss, alles Interesse an der internationalen Aufrüstung hat; würde im Ausland ernsthaft abgerüstet, so könnte die schweizerische Kriegsindustrie nicht mehr leben, und die Schweiz müsste schauen, wie sie überhaupt noch Waffen für ihre Zweimilliardenarmee bekommt...

Aber die ganze internationale Kriegsrüstung ist ja ein Widersinn ohnegleichen angesichts der Not der unterentwickelten Völker. «In den letzten zehn Jahren ist viel geschehen: 400 Millionen Menschen sind in diesem Zeitraum verhungert, während gleichzeitig 5 Billionen DM (das sind 10mal

* In der «Neuen Zürcher Zeitung» konnte man das Inserat eines Restaurants lesen, das ein feudales Silvesterdiner mit Ball zum Preis von 48 Franken (ohne Getränke) anbot.

500 Milliarden Mark) in die Rüstung gesteckt wurden. Die Regionen der Übervölkerung, des Hungers, der Unterernährung, der Krankheit und des Bildungsnotstands sind zahlreicher geworden, aber ganze Heere von Ingenieuren, Technikern, Biologen, Ärzten, Physikern und Chemikern sind mit ihrer Intelligenz für die Bereitstellung eines gigantischen Zerstörungspotentials in den Dienst des ‚Wehrgedankens‘ genommen worden.» (Renate Riebert in der «Stimme der Gemeinde», 15. Dezember 1968.)

Radikale Abrüstung drängt sich schon im Blick auf diesen verrückten Widerspruch auf – sollte man meinen. Aber rüsten die reichen Völker nicht gerade darum auf, weil sie die armen, «zurückgebliebenen» Völker in Abhängigkeit halten und weiter ausbeuten wollen und entschlossen sind, bei ihnen keine soziale Revolution – genannt Kommunismus – aufkommen zu lassen? Muss man deshalb nicht zuerst den *Kapitalismus* abschaffen, wenn man abrüsten will? Das ist nicht gesagt. Der *direkte* Kampf gegen Krieg und Kriegsrüstung ist gleichfalls unabweisbar, weil ein neuer Krieg im Weltmassstab ja einfach Selbstmord der Völker wäre. Und in einer Welt ohne Krieg wird auch der Kapitalismus unmöglich werden, der eben Armeen und Krieg braucht. Wir haben es hier mit einer Wechselwirkung zu tun; Kapitalismus und Krieg müssen gleichzeitig angegriffen werden, damit *beide* lebensunfähig werden, wobei freilich die Blossstellung der kapitalistischen Profitwirtschaft viel rücksichtsloser geschehen muss, als das bisher, unter dem Einfluss der den Geldmächten hörigen Organe der öffentlichen Meinung, der Fall war. Professor Helmut Gollwitzer hat nur zu sehr Recht, wenn er in einem Vortrag, den er im vergangenen Herbst im Schoss einer westdeutschen evangelischen Synodalversammlung hielt, mit Nachdruck feststellte:

«Wir werden die marxistische Analyse und Kritik des Kapitalismus, die bisher in der Ökumene und in der deutschen Christenheit (trotz der Worte von Paul VI. in *Populorum progressio* über den Kapitalismus) so erfolgreich tabuiert ist, nicht mehr umgehen können; denn bei kritischer Analyse der bisherigen Entwicklungspolitik der entwickelten Länder werden wir nicht nur das Versagen der östlichen und westlichen Regierungen feststellen müssen, sondern kapitalistische Prinzipien und imperialistische Praktiken (besonders der USA) als ursächlichen Faktor für das Elend von Millionen Menschen. Die Kapitalismuskritik, von Christoph Blumhardt, Hermann Kutter, Leonhard Ragaz und den religiösen Sozialisten, ungehört verschollen, wird neu aktuell und mit der marxistischen Analyse verbunden werden müssen. Wir werden den Nebelvorhang der westlichen Propaganda durchstossen und uns informieren müssen, wie vier bei uns verschriene Länder der dritten Welt es geschafft haben, Hunger und Ausbeutung zu beseitigen und mit ihren ca. 750 Millionen aus dem Elend des Welthungers herauszukommen, nämlich China, Nordkorea, Nordvietnam und Kuba.»

Amerikanische Selbstbescheidung? Auf dem Hintergrund der grossen Weltaufgaben, die unserem Geschlecht gestellt sind, nimmt sich die Neuwahl des amerika-

nischen Präsidenten und seine bevorstehende Einsetzung in das Amt des «mächtigsten Mannes der Erde» höchst nebensächlich aus. Ja, wenn der Mann Robert Kennedy geheissen hätte! Nach der programmatischen Erklärung, mit der er im vergangenen Sommer seine Bewerbung um die Präsidentschaft begründet hatte, durfte man von ihm wirklich eine Wendung in der Politik der Vereinigten Staaten erwarten. Aber gerade darum *durfte* er nicht von seiner Partei, der Demokratischen, aufgestellt werden; er fiel, wie sein (freilich weit überschätzter) Bruder John, der Kugel eines Mörders zum Opfer. Und so war es eben der Republikaner *Nixon*, dem der Weg ins Weisse Haus freigemacht wurde, zumal sein demokratischer Gegner Humphrey eine ausgesprochen «schwache Nummer» war.

Man wird nun interessiert zusehen, was für einen Kurs Nixon nach dem 20. Januar einschlagen wird. An den entscheidenden Zeitproblemen wird er auf jeden Fall vorbeigehen. Etwas anderes erlauben ihm die wirklichen Inhaber der Macht in den USA, dargestellt durch die Einheitsfront von Grosskapital und Militär, von vornherein nicht. In der Innenpolitik wird er konservativ bis reaktionär regieren; in der Aussenpolitik erwarten gute Beobachter der treibenden Kräfte in den Vereinigten Staaten einen vorsichtigen Rückzug Amerikas aus seinen zu weit vorgeschobenen Stellungen, also eine Art Neuauflage des ehemaligen Isolationismus. Die öffentliche Meinung des Landes hat längst bis an den Hals hinauf genug von der Rolle des gegenrevolutionären Weltpolizisten, die Amerika seit bald 25 Jahren spielt. Aber auch die Wirtschafts- und Militärführer finden offenbar, dass die Profite, die dabei herauschauen, die Kosten lange nicht wert sind. Die Ergebnisse dieser Politik sind ja auch wirklich entmutigend. Das planmässige Eingreifen der Vereinigten Staaten auf allen Schauplätzen der Welt, auf denen die Vorherrschaft der kapitalistischen «Ordnung» in Frage stand, von Guatemala und San Domingo bis zum Libanon, von Brasilien über Griechenland bis Vietnam und Indonesien, hat nicht vermocht, ihren Anspruch auf die Führung der «freien Welt» im Kampf gegen den «Umsturz» zu rechtfertigen. In Kuba und dann in Vietnam haben die USA sogar geradezu katastrophale Fehlschläge erlitten, und in Europa hat die Erhebung eines neu aufgebauten Westdeutschlands zum Rammbock gegen den Ostblock nur dazu geführt, dass die wiedererweckten imperialistischen Kräfte drohen, im Alleingang ihren Drang nach Osten auszutoben, falls sie nicht den grossen Bundesgenossen jenseits des Ozeans mitzureissen imstand wären.

Für Washington ist aber schon längst die Zusammenarbeit mit der *Sowjetunion* und die Aufteilung der Welt in zwei entsprechende Interessenzonen einer der obersten Grundsätze der Aussenpolitik geworden. Und wenn die Zeichen nicht trügen, wird die Regierung Nixon diese Linie bewusst und betont fortsetzen und auf alle Abenteuer verzichten, die sie in Gegensatz zu den Machthabern im Kreml bringen könnten, zumal in Moskau der Wille zur Selbstbehauptung der herrschenden Oberkaste alle anderen Ziele in den Hintergrund gedrängt hat. Die Sowjetführung und ihre Propagandaorgane haben denn auch von Anfang an Nixon auffallend zurückhaltend, ja fast freundlich behandelt, und sie werden auf jeden Fall dem Wunsch

nach «Entspannungsgesprächen» mit Moskau, der in Washington bereits unter Johnson unverkennbar war, gern entsprechen. Für die Erhaltung des Weltfriedens kann das – auf kurze Sicht mindestens – gewiss nur gut sein; wie haltbar und innerlich gesund solche Koexistenzpolitik der beiden Supermächte des kapitalistischen und des kommunistischen Lagers *auf die Länge* sein wird, ist eine andere Frage.

Zuvor gilt es für Nixon allerdings, den Scherbenhaufen wegzuräumen, den ihm Johnson in der Aussenpolitik hinterlassen hat. Und da steht natürlich *Vietnam* im Vordergrund. Die amerikanische Diplomatie wird in Saigon und Paris wohl auf grössere Schwierigkeiten stossen, als sie jetzt meint, und auch ein so erklärter Vertreter eines harten Kurses, wie es der neue Verhandlungsführer für Paris, Cabot Lodge, seit jeher ist, wird Mühe haben, sich gegen die verzweifelte Gegenwehr der um ihre Existenz bangenden südvietnamischen Führungsgruppe durchzusetzen, die aus einer amerikanischen Marionettenregierung mehr und mehr zu einer ernststen Gefahr für den halbwegs ehrenhaften Rückzug der Vereinigten Staaten aus Südostasien geworden ist. Man könnte sich immerhin vorstellen, dass gerade Mr. Lodge, der zweimal Botschafter in Saigon war und mit Marschall Ky, dem «starken Mann» der dortigen Stelleninhaber, befreundet sein soll, der rechte Mann wäre, um die Widerstände gegen die Verhandlungstaktik Washingtons zu überwinden. Vielleicht hilft dann eine Palastrevolution in Saigon auch noch etwas nach; wozu hat Washington schliesslich seine berühmte CIA (Central Intelligence Agency), die überall in der Welt, wenn auch oft mit blendendem Misserfolg, ihre Finger in der hohen Politik hat?

Aber man muss ernstlich hoffen, dass auch *Nordvietnam* und der *Vietcong* auf einen Verhandlungsfrieden einlenken und nicht starr und stur an der Forderung eines sofortigen und vollständigen Rückzugs der Amerikaner aus Vietnam beharren, der nur mit einem höchst unwahrscheinlichen militärischen Endsieg der Nationalen Befreiungsfront erzwungen werden könnte. Ich weiss aus Erfahrung recht wohl, dass man von den «Jusqu'aboutisten» sofort einen strengen Verweis bekommt, wenn man so etwas sagt. Aber ich kann mir nicht helfen. Der Krieg hat Nord- wie Südvietnam derart entsetzlich ausgeblutet und verwüstet, dass es unverantwortlich wäre, ihn auch nur einen Tag länger fortzusetzen, als unbedingt nötig ist. Und die Amerikaner sind ohne jeden Zweifel heute mehr als je bereit, ihren Gegnern sehr weitgehende Zugeständnisse zu machen. Warum also sie mit aller Gewalt zur bedingungslosen Kapitulation zwingen wollen, zum kopflosen Rückzug aus einem Unternehmen, das sie, abgesehen von den unerhörten Geldopfern, immerhin 30 000 junge Männer gekostet hat – was auch für die Vereinigten Staaten nicht wenig ist, wenn auch im Verhältnis viel weniger als die vielleicht 300 000 Menschen, die der Vietcong und Nordvietnam opfern mussten? Mögen die Unabhängigkeitskämpfer doch lieber den passiven Widerstand und den zivilen Ungehorsam der Bevölkerung Südvietnams organisieren! Einer solchen unblutigen Revolution könnten weder die Reste der bisherigen amerikanischen Besatzung noch gar eine in deren Diensten stehende Regierung in Saigon lang widerstehen,

besonders wenn in dieser Regierung die Nationale Befreiungsfront vertreten wäre, wie das bei den Friedensverhandlungen wahrscheinlich zugestanden werden wird.

Vergesse man aber namentlich auch eines nicht: die Tatsache nämlich, dass die vietnamesische Freiheitsfront für Recht und Gerechtigkeit, für Menschenwürde und Selbstbestimmung im Rahmen einer sozialistischen Volksgemeinschaft kämpft, und dass diese Güter notwendigerweise in einem langdauernden Revolutionskrieg vor die Hunde gehen. Ich halte es durchaus mit Jean Lasserre, dem unbestechlichen französischen Friedensprediger, der es auch in dem Sammelband «Revolution ohne Gewalt» klar ausspricht: «Gewaltrevolution stellt die Unterdrückten auf den gleichen Boden wie die Unterdrücker, deren Kampfmittel sie selber anwenden... Tatsächlich erkennen wir bald nicht mehr, dass Recht und Gerechtigkeit auf Seiten der Unterdrückten liegen. Bald sieht man nur mehr auf beiden Seiten brutale Menschen, die sich gegenseitig grausam hinmorden.» Auf diesem Boden, so unterstreicht Lasserre mit Recht, wachsen nicht Freiheitsliebe und menschliche Solidarität, sondern Hass, Feindschaft und Unterdrückungslust. Es ist nicht der Gerechteste, der Friedliebendste, der Menschlichste, der sich schliesslich durchsetzt, sondern der Härteste, Gewalttätigste, Unmenschlichste. Triumphieren wird nur zu leicht eine Diktatur, unter deren Herrschaft der tiefste Sinn und die edelsten Güter der Revolution verloren zu gehen drohen. Mögen das diejenigen bedenken, die es einem übelnehmen, wenn man der vietnamesischen Freiheitsbewegung zu einem Verhandlungsfrieden rät, der den Revolutionskrieg auf eine für sie vollkommen ehrenhafte Art zu beenden erlaubte und dazu die begründete Erwartung einer endgültigen Abschüttelung der Fremdherrschaft in sich schliesse!

Israel darf nicht geopfert werden! Nach Vietnam und Südostasien – vielleicht schon vorher – dürften die Amerikaner im *Nahen Osten* gewisse vorgeschobene Stellungen räumen. Schon unter der Regierung Johnson musste man auffallende Anzeichen für eine Schwenkung der amerikanischen *Israelpolitik* wahrnehmen. Nicht zuletzt war man erstaunt, dass eines der grössten Wochenblätter der USA, «Time» (mit 5 Millionen Auflage), in einer Sonderreportage zum erstenmal Partei für den Kleinkrieg arabischer Freischärler gegen Israel nahm, ohne Rücksicht auf die sechs Millionen Juden, die in den Vereinigten Staaten leben – eine Minderheit, der bisher jede Regierung und Partei sorgfältig Rechnung getragen hatte. Die Veröffentlichung schloss mit der Aufforderung: «Wenn man die schwerste Explosion vermeiden will..., muss Washington eiligst seine Politik (gegenüber Israel) in Wiedererwägung ziehen und sich der Sowjetunion anschliessen mit dem Ziel, eine Neuregelung zu diktieren. Bisher antwortet Israel immer nur mit Zorn auf alle amerikanischen Druckversuche, die eine Rückgabe der besetzten Gebiete herbeiführen wollen. Es gibt keine andere Lösung.» Und anscheinend erwartet man weitherum von der Regierung Nixon eine solche «Neuregelung». Dies um so mehr, als nach den Banken die Ölgesellschaften

die wichtigsten Geldgeber Nixons während seines Kampfes um die Präsidentschaft waren. Das Ölkapital aber hat ein besonders starkes Interesse daran, die vorderasiatischen Länder nicht immer mehr auf die Seite der Sowjetunion zu drängen, die seit dem Junikrieg 1967 alles tut, um die arabischen Staaten zum neuen Krieg gegen Israel bereit zu machen. So schreibt man denn Nixon vielfach die Absicht zu, Israel vollends ganz fallen zu lassen und es in irgendeiner Form zum Rückzug aus den als Pfänder besetzten arabischen Gebietsteilen zu zwingen. Und die ebenso prompt wie scharfe Verurteilung des *israelischen Vergeltungsschlags gegen den Flugplatz von Beirut* durch Amerika – noch vor der Stellungnahme des Sicherheitsrates der UNO – deutet bereits darauf hin, dass Nixon und seine Berater erst recht eine neue Nahostpolitik ins Werk zu setzen gedenken.

Die einstimmig und einseitig gegen Israel gerichtete Entschliessung des Sicherheitsrates in der Beirut-Angelegenheit ist merkwürdigerweise auch von sonst recht israelfreundlichen Kreisen in Europa mit unverhohlener Sympathie begrüsst worden. Merkwürdig ist diese Sympathie darum, weil sie in keiner Art und Weise den Beweggründen Israels Rechnung trägt. Man vergegenwärtige sich die Tatsachen. Zwischen dem Ende des Sechstagekriegs von 1967 und dem 31. Dezember 1968 haben arabische «Kommandos» 1287 Terroranschläge auf israelisches Gebiet oder/und israelische Menschen verübt. 234 israelische Soldaten und 47 Zivilpersonen wurden dabei getötet. Der Sicherheitsrat hat in keinem einzigen Fall gegen diese Bandenangriffe protestiert. Sechs von seinen 15 Mitgliedern haben gegenwärtig überhaupt keine diplomatischen Beziehungen mit Israel; auf jeden Fall verhindert aber das Vetorecht der Sowjetunion von vornherein jeden klaren und warnenden Einspruch des obersten Organes der UNO gegen das Treiben der arabischen Guerillas, hinter dem – meistens ganz offen – fast alle arabischen Regierungen stehen, jetzt auch diejenige von Libanon. Dafür übt sich der Sicherheitsrat emsig in Protestresolutionen und Warnungen gegenüber Israel, sobald dieses zu Vergeltungsunternehmungen ausholt, statt untätig dazusitzen und nach jedem arabischen Angriff auf den nächsten zu warten. Schon die stossend eilfertige Bereitschaft U Thants, auf Verlangen Nassers, im Jahr 1967 den Rückzug der UN-Blauhelme aus bestimmten ägyptischen Grenzstreifen anzuordnen, eine Massnahme, die Ägypten den Weg nach Israel hinein freimachen sollte, wurde in Israel – und nicht nur dort – als Parteinahme für die arabische Sache empfunden. Erst recht aber riefen die seitherigen Beschlüsse und Vorstösse der UNO in Israel wachsende Erbitterung, fast Verzweiflung hervor. Man glaubt einfach nicht mehr an die Unparteilichkeit der «Weltorganisation zur Sicherung des Völkerfriedens» und zieht sie des inneren Einverständnisses mit der offen verkündeten Absicht der arabischen Regierungen, den Staat Israel zu zerstören.

Der Zwischenfall auf dem Athener und dann auf dem Beirut-Flugplatz und seine Behandlung durch die UNO konnte das Misstrauen gegen sie nur verstärken. Gegen den Anschlag arabischer Terroristen auf das israelische Flugzeug protestierte kein einziger Mitgliedstaat des Sicherheitsrats,

obwohl der Anschlag der ganzen Besatzung und Reisendengruppe des Flugzeugs (51 Personen) gegolten hatte, und es ein Glück war, dass «nur» zwei Menschen dabei getötet wurden. Um so grösser die Entrüstung im Sicherheitsrat, als die Israeli zur Vergeltung auf dem Flugplatz von Beirut 13 libanesischen Maschinen zerstörten, wobei sie mit Erfolg darauf achteten, dass kein einziges Menschenleben auch nur zu Schaden kam und kein ausländisches Eigentum in Mitleidenschaft gezogen wurde. Dass die Araber sich nach dem Anschlag auf dem griechischen Flugplatz mit der Absicht brüsteten, Israels ganzen Luftverkehr mit dem Ausland zu vernichten, erscheint dem Sicherheitsrat als Ankündigung einer völkerrechtlich vollkommen erlaubten Unternehmung; die Gegenwehr Israels aber wird als ruchlose Verletzung der UNO-Satzung erklärt, die immerhin jedem Staat das Recht zur militärischen Verteidigung gegen offenkundige Angriffshandlungen zuerkennt...

In der grundsätzlichen Frage, ob eigenmächtige Verteidigung gegen einen Angriff gerechtfertigt sei oder nicht, wenn die UNO versage, sollte es überhaupt keinerlei Meinungsverschiedenheit geben. Eine andere Frage ist, ob die israelischen Vergeltungsschläge und besonders die jüngste Unternehmung gegen Beirut ihren Zweck zu erreichen geeignet seien, nämlich die Freischärler von weiteren Übergriffen abzuhalten oder mindestens die arabischen Regierungen an der Duldung solcher Übergriffe vom Boden ihres Landes aus zu verhindern. Und hier muss nun doch einfach festgestellt werden, dass dieser Zweck bisher nicht erreicht wurde und nach dem Schlag gegen Beirut noch weniger erreicht werden wird. Die arabischen Banden werden ihre Unternehmungen unbeirrt fortsetzen, ja steigern. Die arabischen Regierungen werden nach wie vor – und Libanon erst recht – diese Unternehmungen dulden und unterstützen. Und dass Israel durch den «übertriebenen» Vergeltungsschlag gegen den Beirut Flugplatz an Sympathien in der Welt verloren hat, steht ausser Zweifel. Diejenigen Mächte, die schon bisher gegen Israel standen, fühlen sich berechtigt, jetzt noch stärker als vorher auf eine internationale «Friedensregelung» im Nahen Osten zu drängen. Die Vereinigten Staaten aber, die im Junikrieg von 1967 – lahm genug – eher Israel als die Araber begünstigten, sind im Begriff, unter Hinweis auf den Fall Beirut ganz auf die sowjetische Linie einzuschwenken. Und Frankreich, das freilich mit Libanon seit jeher enge Beziehungen unterhält, hat bereits jede Ausfuhr von Waffen und Ersatzteilen nach Israel verboten, womit es sich völlig offen auf die Seite der arabischen Staaten gestellt hat.

Israel wehrt sich natürlich gegen die Absicht, es durch ein Machtwort der «Vier Grossen» – Amerika, England, Frankreich, Sowjetunion – zur Räumung der besetzten arabischen Gebietsteile zu zwingen, ohne dass es gleichzeitig unbedingte Sicherheit für die förmliche Anerkennung seiner Existenz durch die arabischen Staaten erhält. Es würde ein solches Diktat, das jeder Gerechtigkeit Hohn spräche, nicht annehmen. Aber was soll dann geschehen? Wird das Viererkonsortium, sofern die UNO nicht will, von sich aus mit bewaffneter Hand gegen Israel eingreifen, und kommt es dann

zu einem Verzweiflungskrieg Israels gegen seine Bedrücker, so wie die Juden schon mehr als einen solchen Todeskampf im Verlauf ihrer früheren Geschichte führen mussten? Oder raffen sich die «vier Grossen» doch zu einer *wirklichen* Friedensregelung auf, die endlich die arabischen Regierungen an den Verhandlungstisch heranbringen und zur Anerkennung des Staates Israel veranlassen müsste? Niemand kann es voraussagen. Wir können nur aufs neue dafür einstehen, dass dem jüdischen Volk, das die «Christen» so unausdenkbar grauenhaft gemartert und getreten haben, endlich einmal seine alte Heimstatt gesichert werde, die es durch seine heldenhafte Standhaftigkeit im Leiden tausendfach verdient hat. Dass dieselben Mächte, die ihm diese Heimstatt zuerkannt haben, nun unter dem Vorwand, auch den Arabern ihr (nie in Frage gestelltes) Lebensrecht sichern zu müssen, Israel tatsächlich wieder in die böse Lage versetzen würden, in der es, allen Angriffen seiner Nachbarn ausgesetzt, vor dem Junikrieg von 1967 war, das wäre ein so gemeines Massenverbrechen, dass wir uns vorderhand weigern, es überhaupt für möglich zu halten.

Das Los der Tschechoslowakei

Aber nun ist da auch das Volk der *Tschechoslowakei*, dessen schamlose Vergewaltigung durch die «sozialistische» Sowjetunion die «freie Welt» vollkommen tatenlos, wenn nicht teilweise – Westdeutschland! – mit Befriedigung hingenommen hat. Hier handle es sich, so hiess es ja, nur um einen Vorgang innerhalb des kommunistischen Ostblocks, der die Aussenwelt weiter nicht störe. So geht jetzt eben die Gleichschaltung der Tschechoslowakei mit der Sowjetunion und den ihr hörigen «Volksrepubliken» zwar nicht reibungslos, aber doch planmässig und erfolgreich ihren Gang. Und das – wenigstens für mein Empfinden – Bedrückendste ist, dass die Führer der ehemaligen Reformbewegung, die dem Sozialismus in ihrem Land «ein menschliches Gesicht geben» wollten, einer nach dem andern umgefallen und bewusst in den Dienst der Besetzungsmacht getreten sind, mit dem Vorgeben, nur so den Wiederabzug der Sowjetarmee erreichen zu können – nachdem die Besetzung ihren Zweck erreicht haben wird. Es wäre aber eine Verkennung der wirklichen Lage, wollte man annehmen, diese Führer hätten dabei die Mehrheit ihres Volkes auf ihrer Seite. Nicht nur die Intellektuellen, die Schriftsteller, Journalisten, Künstler und die Angehörigen freier Berufe, sondern offenkundig auch die grosse Mehrheit der Arbeiter und Angestellten leistet immer noch verbissenen, wenn auch ohnmächtigen Widerstand gegen die «Normalisierung» der politischen Lage und fügt sich nur ingrimmig dem Druck der «Realpolitiker», die ihr Vertrauen tatsächlich verloren haben. Man sieht das neuerdings am *Fall Smrkowsky*. Josef Smrkowsky ist einer der ältesten und bewährtesten kommunistischen Vorkämpfer der Tschechoslowakei. 1945 leitete er den Prager Aufstand gegen die Deutschen und verhinderte das ihm angebotene Eingreifen der amerikanischen Armee im klaren Bewusstsein der Folgen einer solchen Hilfe. Als Opfer der stalinistischen Periode der CSSR zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, wurde er nach vier Jahren wieder entlassen

und 1963 rehabilitiert. Dann stieg er langsam bis in die Spitzengruppe der Kommunistischen Partei auf, wurde Minister und dann Präsident der Nationalversammlung.

Als die übrigen Parteiführer und Regierungsmänner – Swoboda, Cernik, Dubcek, Hajek, Goldstücker, Sik usw. – entweder ausgeschaltet, ins Ausland getrieben oder bereits den Russen gefügig gemacht worden waren, blieb Smrkowsky noch immer fest. Die Absicht, ihn als Parlamentsvorsitzenden zu entfernen, stiess auf heftigen Widerstand besonders auch der tschechischen Arbeiterschaft, die Smrkowskys Ausschiffung als letzten, entscheidenden Schlag gegen die Januarreformen unter allen Umständen verhindern wollte und sogar mit dem Generalstreik drohte. Da griffen die slowakischen Kommunisten «rettend» ein und verlangten ihrerseits den Vorsitz im neugeschaffenen Bundesparlament für einen Slowaken, da sowohl der Präsident der Republik als derjenige des Ministerrats Tschechen seien. Mit der lautstarken Begünstigung dieser slowakisch-nationalistischen Forderung spielte besonders der slowakische KP-Führer Husak, einer der frühesten Anpasser, sicherlich ganz bewusst das Spiel der Russen. Das Ende des zähen Kampfes, der vor und hinter den Kulissen ausgetragen wurde, war der «freiwillige» Verzicht Smrkowskys auf das Präsidium des Bundesparlaments und seine Abschiebung auf den Vorsitz der Volkskammer. Seine Ernennung zum Vizepräsidenten der Nationalversammlung sollte ihm diesen Schritt erleichtern, täuscht aber niemanden darüber hinweg, dass nun auch Smrkowsky «unschädlich gemacht» worden ist, so sehr es ihn ehrt, dass er nicht an seiner bisherigen mächtigen Stellung kleben bleiben wollte, wenn deswegen Tschechen und Slowaken gegeneinander ausgespielt und aufgehetzt werden konnten. Auch die tschechischen Arbeiter fügten sich dem Druck von oben, wenn schon sie deutlich genug zu verstehen gaben, dass sie den Parteiführern nichts mehr glauben könnten...

Dass damit das neue Regiment von Moskaus Gnaden dauernd gesichert sei, davon kann gleichwohl keine Rede sein. Der Widerstand im Volk ist im Kern nicht gebrochen. Er wird in neuen Formen und bei neuen Gelegenheiten wieder ans Licht treten, wobei namentlich die künftige Entwicklung der Wirtschaftslage, die jetzt schlecht genug ist, eine Rolle spielen dürfte. «Noch ist Polen nicht verloren», hiess es früher. Auch die Tschechoslowakei ist nicht verloren. Sie wird zu sich selber zurückfinden in der Kraft des unvergänglichen hussitischen Glaubens, der auch die politisch-soziale Reformation der neuen Tschechoslowakei erst wirklich zum Sieg führen wird.

Ungewissheiten in Westdeutschland Das neue Jahr wird für die Bundesrepublik Deutschland politisch ziemlich bewegt werden. Es ist eben ein richtiges *Wahljahr*. Zunächst wird der *Bundespräsident* neu gewählt werden müssen. Es ist höchste Zeit dazu, hat sich doch Heinrich Lübke als einen so unmöglichen und formatlosen «Staatsmann» erwiesen, dass man schwer begreift, wie auch in dem Land der unbegrenzten Unmöglichkeiten, das die Bonner Republik ist, ein Typ wie er gar noch eine zweite Amtsperiode durchstehen

durfte. Um seine Nachfolge bewerben sich bisher Bundeswehrminister Gerhard Schröder, den die Christlichdemokratische Union vorschlägt, und Justizminister Gustav Heinemann, den die Sozialdemokraten auf den Schild erhoben haben. Der Ausgang der Wahl ist aber noch gänzlich ungewiss. Die Bundesversammlung (Bundestag und Bundesrat zusammen, etwa unserem vereinigten National- und Ständerat entsprechend) zählt 1036 Abgeordnete: 480 Mitglieder der CDU, 450 der SP, 84 der Freien Demokraten und 22 der Nationaldemokraten, das heisst der äussersten Rechten. Die Entscheidung scheint also bei den sogenannten Freien Demokraten zu liegen, die aber eine politisch sehr gemischte, mehr oder weniger wirtschaftsliberale Gruppe darstellen. Und auch wenn sie sich offiziell für Heinemann aussprechen sollten, würde es genügen, dass eine verhältnismässig geringe Anzahl von FDP-Abgeordneten für Schröder stimmte, um diesem unzweideutig nationalistischen Konservativen zum Sieg zu verhelfen. Das müsste auch dann als unheilvoll bezeichnet werden, wenn man von Heinemann nicht zuviel erwartet, ist er doch – im Gegensatz zu seiner ehemaligen Opposition gegen die Wiederaufrüstung Westdeutschlands – mitverantwortlich für den ganzen verderbendrohenden Kurs Westdeutschlands, wie er nach Adenauer von Erhard und Kiesinger gesteuert wurde und wird. Die politische Bewegungsfreiheit des westdeutschen Bundespräsidenten ist freilich gering; aber ein überlegener Staatsmann hätte an der Spitze der Bonner Republik doch manche Einflussmöglichkeit zum Guten, und auf jeden Fall würde ein Heinemann auf dem internationalen Parkett doch eine bessere Figur machen als ein Schröder, obwohl eine nationalsozialistische Vergangenheit keinen deutschen Politiker mehr blossstellt, im Ausland so wenig wie im Inland.

Vielleicht ändert sich aber die ganze Wahllage noch vor dem Sommer. Man redet ja vielfach von der Möglichkeit, statt Schröder den jetzigen Bundeskanzler Kiesinger als Kandidaten der CDU vorzuschieben, worauf dann der Weg für den Franz Josef Strauss ins Bundeskanzleramt frei würde. Noch steht es dahin, ob Strauss die Zeit schon als gekommen erachtet, den Aufstieg zur letzten politischen Höhe zu wagen, die ihm wohl erreichbar ist. Und *wenn* es der Fall wäre, so könnte ihm die freidemokratische Gruppe den Weg ohne viel Mühe doch verlegen. Trotzdem – die Aussicht auf eine Kanzlerschaft Straussens, zu der es früher oder später kommen würde, ist beunruhigend genug, um die Kräfte zusammenzuführen, die unter allen Umständen verhindern wollen, dass dieser moralisch bedenkenlose, politisch höchst abenteuerliche, aber ungewöhnlich gescheite und tatkräftige Politiker die Geschicke Westdeutschlands führend mitbestimmt...

Inzwischen bereiten sich die Parteien auch auf die Neuwahl des *Bundestags* vor, die im Herbst erfolgen wird. Wahrscheinlich wird sich dabei aber nichts Wesentliches ändern. Die Hoffnung der Sozialdemokraten, die Christlichdemokraten zu überflügeln, wird sicher zuschanden werden. Und dann dürfte eben die «Grosse Koalition» wiederaufleben, in der trotz allen Reibereien SP und CDU, Strauss und Schiller, Kiesinger und Brandt so schön zusammenarbeiten – zum Besten der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung im

Innern und der imperialistischen Ausdehnung ostwärts in der Aussenpolitik. Eine trostlose Aussicht, wahrhaftig! Wolf Schenke hat nur zuviel Grund, wenn er in der «Neuen Politik» (Hamburg) schreibt: «Denkt man ganz ruhig über Deutschland nach – es braucht nicht in der Nacht zu sein –, dann ist es schwer, nicht den Mut zu verlieren.» Mit den Regierenden, so glaubt er mit Recht, ist sowieso nichts anzufangen. Eine regierungsfähige Opposition aber gibt es in Westdeutschland auch nicht; die Jugendbewegung des vergangenen Jahres, die so stürmisch aufzutreten begann, ist politisch überhaupt keine Kraft mehr – wenn sie es jemals war. Und die grosse Masse der erwachsenen Bundesrepublikaner ist in ihrem Wohlstandsgenuss politisch noch willenloser geworden, als sie es von jeher war. Und wer da weiss, wie tief im Gemüt des Durchschnittsdeutschen der Untertan sitzt, der gibt sich auch keiner Täuschung über die Möglichkeit hin, dass aus diesen befehlsempfangenden, strammstehenden und höchstens die Faust im Sack ballenden Untertanen so rasch Bürger würden, die über ihr Geschick selbst zu bestimmen entschlossen sind.

Zum Verzweifeln besteht freilich dennoch kein Anlass. Schon die Tatsache, dass im jüngeren Geschlecht von Westdeutschen eine Bewegung aufgebrochen ist, die jede bloss angelernte äussere Autorität ablehnt, ist in diesem Land ohne revolutionäre Überlieferung etwas so grundlegend Neues, dass sich auf weitere Sicht der Himmel über Westdeutschland doch aufzuhellen verspricht. Auch der genannte norddeutsche Journalist stellt es fest: Die Söhne der Väter, die sich von den Herrschenden haben in zwei Weltkriege kommandieren lassen, werden ein drittes Mal der Verführung nicht erliegen. «Und sie werden nicht wie die Bürger unserer Tage zusehen und dabei mithelfen, wie das eigene Land geteilt wird, und sich dem Komfort- und Konsumrausch ergeben und mittlerweile sich wie eine Herde Schafe von einer kleinen politischen und Geld-Oligarchie manipulieren lassen. So viel kann man schon heute sehen.»

Hoffen wir es! Warum sollte nicht auch Deutschland – ein freies Ostdeutschland inbegriffen – seinen Anteil am Aufbau der neuen Welt leisten, die kommen muss und durch alle Krisen und Zusammenbrüche hindurch Gestalt annehmen wird?

10. Januar

Hugo Kramer

An unsere Abonnenten

Diesem Heft liegt ein Einzahlungsschein bei. Wir bitten Sie höflich um Überweisung des Abonnementsbetrages für 1969; jährlich Fr. 30.–, halbjährlich Fr. 15.–, vierteljährlich Fr. 7.50.

Aus *technischen* Gründen liegt der Einzahlungsschein der ganzen Inlandauflage bei. Für bereits bezahlte Abonnementsbeträge herzlichen Dank.